

II- 3887 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

XIII. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 18. Dezember 1974
Stubenring 1
Telefon 57 56 55

50.004/42-4/0/1-74

1834 /A.B.
zu 1821 /J.
Präs. am 3. Jan. 1975

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen an die Frau Bundesminister betreffend Unzukömmlichkeiten im Zusammenhang mit dem Mutter-Kind-Paß.
(Nr. 1821/J-NR/1974)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende Fragen gerichtet:

- "1) Bis wann ist mit einer entsprechend verbesserten Neuauflage des Mutter-Kind-Passes zu rechnen?
- 2) Werden Sie dabei auch die in Ihrem Ministerium von den Ärzten deponierten Änderungsvorschläge berücksichtigen?
- 3) Wie wird Ihrerseits Vorsorge getroffen, um bei dieser zweiten Auflage eine bessere Verteilung innerhalb kürzerer Zeit zu gewährleisten?
- 4) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß es zeitgerecht zu einer vertraglichen Einigung auch zwischen den Kinderärzten und den Sozialversicherungsträgern hinsichtlich des Entgeltes für die erforderlichen Untersuchungen kommt?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1: Schon der Fortdruck des Mutter-Kind-Passes hat entsprechende Verbesserungen berücksichtigt.

Zu 2: Die von der Österreichischen Ärztekammer angekündigten Änderungsvorschläge werden nach deren Einlangen im nächsten Jahr mit Praktikern diskutiert und möglicherweise zu einer Änderung der Neuauflage des Mutter-Kind-Passes führen.

Zu 3: Die in der Anlaufphase bestandenen Engpässe bei der Verteilung dieses Dokumentes waren vor allem auf Lieferverzögerungen zurückzuführen. Diese Verzögerungen bestehen nicht mehr. Soweit es an meinem Bundesministerium liegt, ist jedenfalls alles vorgekehrt, damit die erforderliche Zahl von Mutter-Kind-Pässen vorhanden ist.

Zu 4: Ich bin an einem raschen Abschluß einer Einigung zwischen der Ärzteschaft und den Sozialversicherungsträgern interessiert. Aus diesem Grund habe ich mich in die laufenden Verhandlungen zwischen den Ärzten und den Sozialversicherungsträgern über den Abschluß eines Vertrages eingeschaltet.

Der Bundesminister:

Heinz Leitl